

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat auf der Landesdelegiertenkonferenz am
2 28.01.2012 beschlossen:

3 **Ab 2014: Mit 16 an die Urne!**

4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
6 Landesparteitag der SPD Hamburg sowie an die SPD-Bürgerschaftsfraktion in Ergänzung
7 zum Beschluss der LDK vom 02.05.2010 sowie zum Beschluss des Landesparteitags vom
8 25./26. Juni die Forderung beschließen,

9

10 1. die Altersgrenze für die Ausübung des aktiven Wahlrechts bei Bezirkswahlen und
11 Bürgerschaftswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg bis 2014 bzw.
12 spätestens bis zu den nächsten Bezirks- oder Bürgerschaftswahlen auf 16 Jahre
13 abzusenken.

14

15 2. Das Wahlgesetz zu ändern ist jedoch nur ein halber Schritt um Menschen ab 16
16 Jahren zum Wählen zu bewegen. Im Vorwege solcher Wahlen soll und muss
17 deshalb eine umfassende Informationskampagne nach dem Vorbild
18 vergleichbarer Projekte in anderen Bundesländern in Zusammenarbeit der
19 Landeszentrale für politische Bildung mit Bürgerschaftskanzlei, Schulbehörde
20 und Landeswahlamt erfolgen.



21

22 3. Der Juso-Landesvorstand wird diesbezüglich aufgefordert, unverzüglich
23 Gespräche mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion aufzunehmen und über deren
24 Verlauf regelmäßig zu informieren.

25

26 **Begründung:**

27 Die derzeitige Beschlusslage der Jusos Hamburg sowie der SPD Hamburg fordert die
28 Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Bezirks- und Bürgerschaftswahlen. Die
29 diesbezüglichen parteiübergreifenden Gespräche bzw. parlamentarischen
30 Gremienbefassungen sind aus Sicht der Jusos Hamburg mit erhöhter Priorität zu
31 verfolgen, da ein solcher Schritt durch eine umfassende Informationskampagne nach



32 dem Vorbild anderer Bundesländer begleitet werden muss. Diese Chance, Erstwähler
33 neben den bestehenden Lehrplaninhalten an politische Inhalte und
34 demokratiefördernde Projekte heranzuführen, darf nicht aufgrund von
35 Zeitverzögerungen gefährdet werden. Die bestehende Beschlusslage der Jusos Hamburg
36 und der SPD Hamburg muss demnach um einen verlässlichen zeitlichen Horizont
37 ergänzt werden, um der dabei verfolgten inhaltlichen Zielsetzung Nachdruck zu
38 verleihen und diese nicht zu einer unverbindlichen Absichtserklärung werden zu lassen.